

Ltd. KVD Allroggen berichtete, dass die kommunalen Spitzenverbände durch den massiven Protest gegen die von Seiten des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales NW (MAGS NW) nur bilateral mit den Pflegekassen geführten Gespräche über eine Rahmenvereinbarung zur Errichtung von Pflegestützpunkten in den Kreisen und kreisfreien Städten erreicht hätten, dass das MAGS NW auch die kommunalen Spitzenverbände zu Gesprächen eingeladen habe. Diese Gespräche seien aber ebenfalls nur bilateral, also ohne Einbeziehung der Pflegekassen, geführt worden.

Der Entwurf der Rahmenvereinbarung sei in den mit dem MAGS NW geführten Verhandlungen in einigen im Interesse der Kommunen liegenden Punkten neu formuliert worden. Die Pflegekassen, die bereits die ihrerseits mit dem MAGS NW ausgehandelte Vereinbarung unterzeichnet hatten, seien nach derzeitigem Stand aber nicht bereit, diese Änderungen zu übernehmen. Das Verfahren sei dadurch ins Stocken geraten.

Ltd. KVD Allroggen informierte weiter, dass anders als auf überregionaler Ebene mit den Pflegekassen auf örtlicher Ebene ein ständiger Austausch zu Fragen der Umsetzung des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes bestehe.

Über neue Entwicklungen werde die Verwaltung den Ausschuss fortlaufend in Kenntnis setzen.

Der Ausschuss nahm die Ausführungen von Ltd. KVD Allroggen ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.